

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek

souverän in Süderelbe

Mitglied im Dachverband

Initiativen
für erfolgreiche
Integration
Hamburg



Hamburg, den 24.01.2021

PRESSEMITTEILUNG

Bürgerinitiative unterzeichnet eine Ergänzung zum Bürgervertrag Neugraben-Fischbek. Vereinbarte Sollkapazitäten im Stadtteil bleiben ab 2021 unverändert. Die Unterkunft Cuxhavener Str. wird in der Laufzeit um 2 Jahre bis Anfang 2023 verlängert. Im Gegenzug werden Sollkapazitäten in den Unterkünften Am Röhricht und UPW Plaggenmoor abgebaut.

Auf Bitten der zuständigen Behörde verhandeln seit August 2020 Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek (BINF), die für Soziales zuständige Staatsrätin sowie die Bezirksamtsleiterin des Bezirksamtes Harburg über eine Ergänzung zum Bürgervertrag BINF vom 15.06.2016.

Im Ergebnis der Verhandlungen wurden folgende Punkte vereinbart:

- Die Vertragslaufzeit der öffentlich-rechtlichen Unterkunft Cuxhavener Str. mit 192 Plätzen wird vom vereinbarten Termin 31.03.2021 auf den neuen Termin 31.03.2023 verlängert.
- Im Gegenzug sinken dauerhaft die Sollkapazitäten der Unterkünfte Am Röhricht und UPW Plaggenmoor um 150 bzw. 42 Plätze.
- Die Unterkunft Neuenfelder Fährdeich wird bis Ende 2021 ebenfalls um 50 Plätze reduziert. Eine Verlegung von Bewohnern aus Neugraben-Fischbek nach Neuenfelde soll vermieden werden.
- Ein verbindlicher Zeitrahmen von 9 Monaten für einen Nachbelegungstop vor Schließung einer Unterkunft soll Probleme wie bei der Auflösung der Unterkunft Am Aschenland verhindern.
- Für ungenutzte Gebäudeteile bzw. aufzugebende Gebäude in der Cuxhavener Str. sollen ab 2023 Nachnutzungsmöglichkeiten für soziale Infrastruktur geschaffen werden.
- Des Weiteren sind neue Berichtsverpflichtungen und feste Ansprechpartner für soziale Infrastruktur vereinbart.

Orga-Mitglied Jan Greve: Mit der getroffenen Vereinbarung bleibt es bei einer Gesamtkapazität von knapp 930 Plätzen im Stadtteil. Diese sinkt in 2023 auf 740 und liegt damit dann im Rahmen des Orientierungs- und Verteilungsschlüssels für Hamburg. Der Bürgerinitiative war es wichtig, die in 2016 in einer angespannten gesellschaftlichen Lage errungenen Vereinbarungen aufrecht zu halten.

Das von dieser Zusatzvereinbarung ausgehende Signal sehe ich dabei in zweierlei Hinsicht als positiv an. Zum einen wurden die Verhandlungen äußerst sachorientiert und fair geführt, zum anderen konnten beide Vertragsparteien für ihre jeweiligen Anliegen inhaltliche Verbesserungen formulieren. Die Politik lernt! Die Demokratie lebt!

Orga-Mitglied Sven Blum: Die Ergänzung zum Bürgervertrag versucht vor allem, den Vereinbarungen der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“ zu folgen und den Abbau von Unterkünften mit Soll-Kapazitäten über 300 Plätzen voranzutreiben. Diesem wurde nach dem Vertragsende der Unterkunft Am Aschenland durch eine Reduzierung der Platzzahl in der Unterkunft am Röhricht Rechnung getragen. Gleichzeitig verlängert sich mit der Unterkunft Cuxhavener Str. eine den Kriterien der Volksinitiative entsprechende Unterkunft deren kurzfristiger Abbau wirtschaftlich nicht sinnvoll wäre.

Orga-Mitglied Ute Skolinski: Schon der ursprüngliche Vertrag hat sich mit den großen Problemen der sozialen Infrastruktur in Neugraben-Fischbek beschäftigt. Dies haben wir auch in der aktuellen Vereinbarung aufgegriffen und dabei insbesondere die Folgenutzung der Unterkunft Cuxhavener Str. für soziale Infrastruktur mit vereinbart, da diese Gebäude direkt an das große zukünftige Neubaugebiet Fischbeker Reethen angrenzen.

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, souverän in Süderelbe

Pressekontakt: Jan Greve 0176 21359304

Email: mitmachen@binf-online.de

Web: www.binf-online.de

Facebook: Bürgerinitiative Neugraben Fischbek souverän in Süderelbe

Twitter: BI NeugrabenFischbek

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, souverän in Süderelbe wurde im Anschluss an eine Informationsveranstaltung zur geplanten Flüchtlingsgroßunterkunft in Neugraben-Fischbek am 23.09.2015 gegründet. Die Bürgerinitiative hat eine machbare und nachhaltige Integration zum Ziel und zeigt Defizite in der Infrastruktur auf. Die Bürgerinitiative hat im Juni 2016 einen Bürgervertrag mit Vertretern der Bürgerschaft, der Freien- und Hansestadt Hamburg sowie dem Bezirksamt Harburg abgeschlossen. Dieser regelt neben Fragen der Flüchtlingsunterbringung auch Infrastrukturthemen.